

Protokoll des Einwohnerrates**21. Oktober 2020**

Vorsitz	Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP)
Protokoll	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
Präsenz	37
Ort	Campus-Saal, Bahnhofstrasse 5, Windisch
Entschuldigungen	Giovanna Feusi (SP) Martin Weber (SP) Michael Wäckerli (CVP) Bruno Graf, Gemeinderat (SP)
Aufschaltung Axioma	12. Januar 2021
Genehmigung	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 01. Februar 2021 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Protokoll des Einwohnerrates**21. Oktober 2020**

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP), heisst die Mitglieder des Einwohnerrates willkommen.

Traktandenliste

- 1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten
- 2 Budget Einwohnergemeinde 2021
- 3 Verpflichtungskredit Projektierung Neubau Schulanlage Dohlenzelg
- 4 Verpflichtungskredit Projektierung Betriebsstandort Kommunale Werke
- 5 Verpflichtungskredit Massnahmen Genereller Wasserversorgungsplan (Rahmenkredit 2021 - 2024)
- 6 Verpflichtungskredit Massnahmen Genereller Entwässerungsplan (Rahmenkredit 2021 - 2024)
- 7 Verpflichtungskredit Genereller Entwässerungsplan (GEP) 2. Generation
- 8 Revision Reglement über die Wasserversorgung
- 9 Motion Ligia Vogt "Sensibilisierungs- und Präventionskampagne häusliche Gewalt"
- 10 Postulat Karin Hefti (FDP) "Neuregelung der Unterrichtszeiten in der Primarschule am Nachmittag"; Überweisung
- 11 Interpellation Fredy Bolt "Campus-Unterführung"; Beantwortung
- 12 Beantwortung von gestellten Fragen 21.10.2020
- 13 Mitteilungen des Gemeinderates 21.10.2020
- 14 Neueingänge

1 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP):

Ich hoffe, es geht allen gut, das ist besonders heute nicht einfach als Floskel gemeint. Nach der letzten Sitzung wurde kein offizielles Treffen organisiert, heute bitte ich den Rat explizit, nach der Sitzung nach Hause zu gehen. Wir haben als Einwohnerrat eine Vorbildfunktion gegenüber den Bürgern. Wir können von diesen nicht erwarten, was wir selbst nicht einhalten. Dies ist meine persönliche Meinung, es liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen, wie er mit der Situation umgeht.

Gratulationen

Herzliche Gratulation an Luzia Capanni zu ihrer Wahl in den Grossen Rat! Wir freuen uns über ihre Wahl.

Nebst Luzia Capanni dürfen wir einer weiteren Person aus der SP zu gratulieren: Studierter Soziologe, Kunsthistoriker und Betriebswirtschaftler, Kommunikationsleiter der Gewerkschaft Syna. Er arbeite gerne im Hintergrund und dränge sich nicht vor, könne aber überzeugend präsentieren, sagt er von sich. Wir teilen eine Leidenschaft, das Laufen von Marathons, was Disziplin und Durchhaltevermögen erfordert. Er hat das absolute Mehr problemlos erreicht und wurde im ersten Wahlgang gewählt. Er ist erst der fünfte Regierungsrat aus dem Bezirk Brugg und der Zweite aus Windisch. Ihr habt es gemerkt, ich spreche vom neuen Regierungsrat Dieter Egli. Die Zeit lässt leider keine grossen Feiern und Apéros zu, wir gratulieren ihm aber herzlich aus der Ferne zu seiner Wahl. Es werden bestimmt wieder bessere Zeiten kommen und wir freuen uns, dann mit Dieter Egli anzustossen.

Termin Einreichung von Anfragen

Der Termin für die Einreichung von kleinen Anfragen ist jeweils am Freitag vor der Einwohnerratssitzung um 12.00 Uhr. Dieser Termin ist zwingend einzuhalten.

Postulat SP-Fraktion „Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria (Lesbos, Griechenland)“

Begründung Gemeinderat: Der Gemeinderat nimmt dieses Postulat aus folgenden Erwägungen entgegen: Grundsätzlich ist der Bund für die Aufnahme von Flüchtlingen zuständig. Die Gemeinde Windisch kann keinen Einfluss darauf nehmen, wie viele Flüchtlinge aus anderen Ländern aufgenommen werden. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat eigentlich der falsche Absender für dieses Anliegen.

Der Gemeinderat sieht jedoch die Notwendigkeit und die Pflicht, dass die Schweiz ihren Beitrag für die Lösung des Problems leisten muss, auch wenn dieses schlussendlich auf internationaler Ebene gelöst werden muss. Aus diesem Grund ist er bereit, das Anliegen entgegenzunehmen und die entsprechende Haltung gegenüber Bund und Kanton einzunehmen.

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Der Gemeinderat nimmt das Postulat der SP entgegen. Wird eine Diskussion gewünscht, müsste jetzt ein entsprechender Antrag gestellt werden. Für die Annahme ist das einfache Mehr erforderlich. Das Postulat ist vom Gemeinderat jedoch so oder so entgegengenommen. Aus dem Rat wird kein Antrag auf Diskussion gestellt.

2 Budget Einwohnergemeinde 2021

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Bruno Graf kann an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen, Matthias Treier wird etwas später kommen. Der Gemeinderat hat sich abgesprochen und wird Fragen beantworten können.

Das Budget 2021 wurde gestützt auf die gewohnten Abläufe erarbeitet. Der Gemeinderat hat dieses in zwei Sitzungen beraten und diskutiert und in der vorliegenden Form verabschiedet. Detaillierte Informationen liefert der Bericht der Abteilung Finanzen. Besten Dank für die gute Vorbereitung und die ausführliche Darstellung der Situation. Im Budgetbericht ist neu die überarbeitete Finanzplanung integriert. Dies erlaubt, die finanziellen Perspektiven und die Weitsicht des Gemeinderates in Zusammenhang mit dem Budget abzulesen.

Zu den Veränderungen gegenüber dem Budget 2020: Die Strategie des Gemeinderates stand schon länger fest. Vor dem grossen Investitionsvolumen bei den Schulanlagen 2022/2023 müssen einige Teilbereiche aufgearbeitet werden. Dies war den Auftrag für die Ausarbeitung des Budgets 2021 an das operative Leitungsteam. Eine der wichtigsten Vorgaben war: Basis für das Budget 2021 ist das Budget 2020. Grössere Abweichungen mussten klar begründet und ausgewiesen werden. Der Gemeinderat hat die Begründungen geprüft und entschieden, ob er Mehrausgaben zulässt. Das operative Leitungsteam wusste seit langem, dass 2021 keine zusätzlichen Gelder zur Verfügung stehen. Nicht nur dem operativen Leitungsteam, sondern allen Mitarbeitenden ist dies bewusst. Alle gehen sorgfältig mit den Mitteln um. Der Budget-Vorschlag 2021 des operativen Leitungsteams hat sich strikte an die Vorgaben gehalten. Herzlichen Dank, dass die Anweisungen des Gemeinderates nicht nur respektiert, sondern eingehalten werden. Das Rechnungsergebnis 2019 belegt dies sehr gut. Manchmal muss Geplantes

zurückgestellt werden, damit etwas Anderes realisiert werden kann. Danke, dass dies gelingt und mit Konsequenz gelebt wird. Ich hoffe, dass auch das Budget 2021 so umgesetzt wird.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Reorganisation der Werke. Seit 1. Oktober 2020 haben wir die neue Abteilung Werke, in der Presse wurde darüber informiert. Bauamt und Werke wurden zusammengelegt. Erfreulicherweise hat der neue Abteilungsleiter seine Stelle bereits am 1. Oktober 2020 angetreten.

2021 steht die Reorganisation der Schule an. Der Schulverwalter wird uns durch die Prozesse führen. Nach Abschaffung der Schulpflege muss nebst dem Lehrplan 21 die Schule in die Gemeindeverwaltung integriert werden. Die ersten Diskussionen zeigen, dass wir eine sehr versierte Person gefunden haben und ich bin dankbar, dass der Einwohnerrat den erforderlichen Zusatzkredit im Januar genehmigt hat.

Die Covid19-Situation wird das Jahr 2021 wesentlich beeinflussen. Der Gemeinderat hat die Situation abgeschätzt und die Einnahmen sehr zurückhaltend budgetiert. Bei den Steuereinnahmen wurde der Erstbezug der Wohnungen in einer neuen grossen Liegenschaft berücksichtigt. Die Ausgaben im Sozialhilfebereich entsprechen den langjährigen Erfahrungen. Die Auswirkungen der aktuellen Zeit auf 2021, 2022, 2023 kennen wir nicht. Gemäss Wirtschaftskreisen wird die Krise fünf bis sieben Jahre spürbar sein, unter der Voraussetzung, dass sie nicht mehr zu lange dauert. Dies wird die Gemeindefinanzen beeinflussen. Dies macht es schwierig, die Einnahmen und Ausgaben in der Finanzplanung in den betroffenen Bereichen abzuschätzen. Der Gemeinderat wird bei Bedarf entsprechende Entscheide fällen. Aufgrund der Corona-Situation konnten die geplanten Finanzworkshops und die Diskussion über die Finanzpläne nicht durchgeführt werden. Eine Diskussion mit Maske ist schwierig. Stand heute planen wir das Jahresergebnis 2020 abzuwarten und im ersten Quartal 2021 mit den Finanzworkshops zu starten. Wir hoffen, dem Rechnungsergebnis gewisse Tendenzen entnehmen zu können, die vollständigen Auswirkungen werden noch nicht bekannt sein. Die Situation ist sehr schwierig abzuschätzen.

Für 2021 ist ein grösseres Investitionsvolumen geplant. Eine gesunde, finanzkräftige Gemeinde unserer Grösse muss dies verkraften können. Wir rechnen mit einem Aufwandüberschuss, somit haben wir nicht genügend eigene Mittel für die Finanzierung der Investitionen. Wir hoffen, dass der sehr wichtige Projektierungskredit Schulanlage Dohlenzelg heute genehmigt wird. Er wird die Investitionsrechnung mit 1.15 Mio. belasten. Die Sanierung des Nichtschwimmerbeckens im Freibad ist in Bearbeitung. Diese

Botschaft wird im Januar 2021 unterbreitet und die Rechnung mit CHF 845'000.00 belasten. Das Dach des Schulhaus Rütenen muss infolge Marderschäden und anderen Schäden saniert werden. Die Sanierung ist dringend damit keine Folgeschäden entstehen. Sie belastet die Investitionsrechnung mit CHF 824'000. Wir rechnen 2021 mit einem Investitionsvolumen von CHF 4.525 Mio. Wie gesagt, eine gesunde Gemeinde muss dies tragen können. Die Eigenfinanzierung beträgt 35% oder CHF 1 Mio., es ist somit ein Schuldenanstieg von +/- CHF 1.9 Mio. budgetiert. Läuft es nach Plan, wird unsere Verschuldung Ende 2021 bei CHF 6 Mio. liegen.

Der Gemeinderat unterbreitet das Budget 2021 mit einem Aufwandüberschuss von 1.08 Mio. und beantragt dem Einwohnerrat, dieses mit einem Steuerfuss von 115% zu genehmigen.

Daniel Brassel, FiGPK (EVP): Die FiGPK hat das Budget mit Erfolgs- und Investitionsrechnung, die Spezialfinanzierungen und die Kreditkontrollen geprüft. Das Budget ist vollständig, die Prozesse sind nachvollziehbar und ausführlich begründet. Die Budgetierung 2021 ist aufgrund der Corona-Krise mit Unsicherheiten behaftet. Der Gemeinderat hat die Steuereinnahmen um 3% reduziert und sich dabei an die Empfehlungen des Kantons gehalten. Die Ausgaben sind zurückhaltend, aber ohne Sparprogramm budgetiert. Die hohen Investitionen 2021 sind in der Finanzplanung enthalten. Die FiGPK begrüsst die pragmatische Haltung des Gemeinderates. Die Folgen von Corona sollen bei der Berücksichtigung dann berücksichtigt werden, wenn sie ersichtlich sind. Im Moment fehlen wichtige Anhaltspunkte. Nächstes Jahr werden diese klarer sein und eine bessere Grundlage für die Diskussion über die Gemeindefinanzen bilden. Die Prüfung des Budgets hat keine wesentlichen Ungereimtheiten oder kritische Punkte ergeben. Der budgetierte Verlust von rund CHF 1 Mio. löst keine Freude aus. Im Budgetbericht, und ergänzend durch Heidi Ammon, sind die Gründe ausführlich erklärt und für die Kommission nachvollziehbar. Besten Dank an Michael Schleuniger und sein Team für den sehr ausführlichen und verständlichen Bericht. Wir empfehlen die Genehmigung des Budgets 2021 und danken Gemeinderat und Verwaltung für die gute Zusammenarbeit.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung, Fraktionserklärungen

Karin Hefti (FDP): Die FDP-Fraktion dankt Gemeinderat und Verwaltung für das aussagekräftige Budget 2021. Herzlichen Dank an die FiGPK für den professionellen Bericht. Das Budget 2021 sieht einen unveränderten Steuerfuss von 115% und einen Verlust von CHF 1.08 Mio. vor. Das Budget ist aufgrund der Corona-Situation mit Unsicherheiten behaftet, insbesondere bei den Steuererträgen und den Kosten für die soziale Wohlfahrt. Wir erwarten den Corona-Effekt nicht 2020, sondern eher ab 2021. Die weiteren Jahre werden die Entwicklung der Situation aufzeigen. Trotz Verlust liegt kein Sparbudget vor. In Berücksichtigung der schwierigen Wirtschaftssituation befürworten wir dies. Die FDP-Fraktion beurteilt die Budgetierung als ausgewogen und stimmt zu. Ich gehe auf folgende Punkte speziell ein:

Stellenerhöhungen sind immer kritisch zu hinterfragen. Das Bauamt ist neu in die Werke integriert, die Leitung wurde stellenplanmässig um 50% erhöht. Damit wird die Leitung Planung und Bau entlastet, auch im Hinblick auf das Grossprojekt Schulhausneubau. Wir unterstützen diese Stellenplanerhöhung. Die Schulpflege wird Ende 2021 abgeschafft und ab 2022 ist die Gemeinde für die Führung der Schule zuständig. Dies erfordert von Gemeinderat und Verwaltung 2021 eine Fokussierung, damit der Übergang reibungslos verläuft. Der Fokus wird sich wohl mehr in Richtung Schule, denn in Richtung Raumplanung verschieben.

Wir haben den Bericht der FiGPK ausführlich diskutiert und uns mit dem Thema Gemeinde-Tageskarten auseinandergesetzt. Diese werden Ende 2023 abgeschafft. Die SBB bietet heute selbst kostengünstige Spartickets an. Die 4 Tageskarten werden nicht kostendeckend verkauft. Es ist ein Verlust von CHF 8'400.00 budgetiert, ca.

CHF 2'100.00/GA, gemäss Rechnung 2019. Die Reiselust hat infolge Corona abgenommen und das Defizit wird weiter zunehmen. Wird eine Vollkostenrechnung inkl. Personalkosten erstellt, nimmt das Defizit um die Personalkosten zu. Wir beantragen die Budgetposten Gemeindetageskarten zu streichen, es sind die Positionen 6290.3634.02 (Aufwand CHF 56'000.00) und 6290.4240.00 (Verkaufserlös CHF 47'600.00).

Grosse finanzielle Herausforderungen warten in der Zukunft auf uns. Die Investitionsplanung und die Aufgaben- und Finanzplanung liegen vor. Grösste Investition ist die Schulanlage Dohlenzelg mit Gesamtkosten von CHF 34.3 Mio. Die geschätzten Investitionskosten sind von Vorlage zu Vorlage massiv gestiegen. Dieses Generationenprojekt

wurde aufgrund der Bedürfnisse der Benutzer geplant, die Finanzierung kaum berücksichtigt. Die Nettoschulden steigen von heute CHF 4 Mio. auf CHF 8.6 Mio. oder CHF 4'670.00/Einwohner bis 2026. Dies liegt deutlich über der Empfehlung des Kantons von CHF 2'500.00/Einwohner. Auch die 10-Jahres-Perspektive mit einer sehr optimistischen Finanzplanung, ich erinnere an den Verkauf Tafelsilber Chilefeld und Kindergarten Wallweg und Unterdorf, und die Steuerfusserhöhung um 5% auf 120% ab 2024, sieht immer noch eine Nettoschuld über der gemeinderätlichen Vorgabe von CHF 3'000.00/Einwohner vor. Die Investitionsplanung ist zu optimistisch. Es ist fraglich, ob die Bevölkerung dem Verkauf des Tafelsilbers und einer schmerzhaften Steuerfusserhöhung zustimmt. Gemäss Finanzstrategie realisieren wir die notwendigen Investitionen und lassen dabei eine Verschuldung zu, welche langfristig tragbar ist. Ziel muss unsere finanzielle Handlungsfähigkeit bleiben. Dies erfordert eine realistische Finanzplanung, welche in Szenarien denkt, inklusive Staffelung von Investitionen, Desinvestitionen, Steuerertrag, Zinsänderung etc. Dies muss die Basis für die Finanzworkshops sein, welche im 1. Quartal 2021 stattfinden werden. Ebenso muss eine vertretbare finanzielle Investitionshöhe definiert werden. Es gibt nicht nur eine ökologische, sondern auch eine finanzielle Nachhaltigkeit, diese gehen Hand in Hand. Streben unsere Nachfolger im Einwohnerrat dereinst Ausgaben für die ökologische Nachhaltigkeit oder andere Investitionen an, ist dies mit einer so hohen Verschuldung nicht möglich. Wir müssen finanziell handlungsfähig bleiben, wir müssen gegenüber unseren Kindern verantwortungsvoll handeln und der nachkommenden Generation ein geordnetes Haus übergeben. Die Rückzahlung der Schulden muss in näherer Zukunft erfolgen und die Möglichkeit der Vorfinanzierung der Schulden muss geprüft werden.

Daniel Brassel (EVP): Die EVP hat das Budget geprüft. Wir können die Ausführungen nachvollziehen und sehen keinen Anlass für konkrete Anpassungen. Die neuen Stühle für den Einwohnerratssaal und das damit verbundene Signal haben zu einer Diskussion, was ist nötig, was ist nice to have oder sogar Luxus, geführt. Wir stimmen dem Budget zu.

Luzia Capanni (SP): Ich danke den Windischerinnen und Windischern für die Unterstützung, ich freue mich sehr über die Wahl.

Zum Budget: Auch von unserer Seite ein herzlicher Dank an die Verwaltung und den Gemeinderat. Besten Dank für die grosse Arbeit der FiGPK. Speziell heben wir den Detaillierungsgrad des Budgetberichts hervor, dies hat uns die Arbeit stark erleichtert.

Ebenso die Finanzplanung, welche erstmals im Budgetbericht enthalten war.

Trotz der durch die Corona-Krise ausgelösten Unsicherheiten, ist der Gemeinderat nicht in eine aussergewöhnliche Sparhektik verfallen. Wir begrüssen diese pragmatische Haltung sehr, wir beraten ein gutes Budget. Die SP-Fraktion hat in den vergangenen Jahren immer wieder das defensive Budget kritisiert. Im Frühling wurden wir jeweils positiv überrascht, zusätzliche Einnahmen haben zu einem sehr erfreulichen Rechnungsergebnis geführt. In den nächsten Jahren stehen grosse Investitionen an. Wir erwarten deshalb auf der Einnahmenseite eine realistischere Finanzplanung. Wir hoffen, dass die anstehenden Investitionen zu bewältigen sind, dazu benötigen wir die Windischerinnen und Windischer, welche diese Kosten mittragen. Eine zentrale Rolle spielt die Kommunikation. Wir Einwohnerinnen und Einwohner erhalten durch die Investitionen eine grosse Gegenleistung, dies wird sich positiv auf die Standortförderung auswirken.

Durch Corona wird es einen Rückschlag geben. Gemäss Medienmitteilung vom 12. Oktober 2020 beurteilt das Seco den Einbruch allerdings nicht so drastisch, wie befürchtet. Windisch kann optimistisch in die Zukunft schauen. Wir sind als Zentrumsgemeinde in einem sehr dynamischen Entwicklungsraum positioniert. Dieses Potential widerspiegelt sich im Finanzplan, welcher für die nächsten zehn Jahre deutlich steigende Selbstfinanzierungen voraussieht. Die SP-Fraktion stimmt dem Budget 2021 zu.

Toni Burger (CVP): Nach den positiven Budgets in den letzten Jahren hat die CVP-Fraktion nicht ganz überraschend vom Budget 2021 mit einem Verlust von rund CHF 1.1 Mio. Kenntnis genommen. Die grossen Abweichungen zu den Vorjahren sind ausführlich begründet. Es stellt sich eher die Frage, ob die Auswirkungen der Krise, sowohl bei Einnahmen, wie bei den Ausgaben, genügend berücksichtigt worden sind. Diese Frage erübrigt sich, da niemand in die Zukunft blicken kann. Wir danken dem Gemeinderat, der Abteilung Finanzen und allen beteiligten Personen, für die seriöse Ausarbeitung des Budgets. Im Detailbudget sind Streichungen gegenüber den Eingaben der Abteilungen ersichtlich. Die finanzielle Situation erfordert den Aufwand tief zu halten. Bereits klar ist, dass Ausgaben wegfallen, wie beispielsweise die Kulturnacht. Schade für den Anlass, gut für die Rechnung der Gemeinde. Wir danken der FiGPK für ihre Arbeit und den

ausführlichen Bericht. Die vielen guten Abweichungsbegründungen haben zu weniger Rückfragen und zu einer besseren Beurteilung geführt. Schwieriger wurde es, die Ausgaben in neuen Kontos zu suchen. Die Investitionen der Gemeinde sind in einer finanziell tragbaren Höhe. Wir hoffen, dass der Gemeinderat bei den Budgetkrediten die kostengünstigste Variante wählen wird. Das negative Ergebnis führt dazu, dass nicht alle Investitionen selbst finanziert werden können, die Schulden steigen 2021 leicht an. Bei den Werken wurde unserer Sicht vernünftig budgetiert, die Investitionen sind abgestimmt. Die meisten Werke budgetieren Verluste, das Vermögen und die Höhe der Investitionen erlauben dies. Gut stand der Finanzplan 2021-2030 zur Verfügung. Ein Übersichtswerk, welches hilft, die künftige Finanzpolitik im Auge zu behalten. Die CVP-Fraktion stimmt dem Budget mit unverändertem Steuerfuss zu.

Fabian Schütz (SVP): Die SVP würdigt das detaillierte und übersichtlich ausgearbeitete Budget ebenfalls und dankt Michael Schleuniger und der FiGPK für die gute Arbeit. Zum Einstieg zitiere ich aus dem FiGPK-Bericht: „Die Ausgaben sind zurückhaltend, aber ohne ein eigentliches Sparprogramm budgetiert. Der Gemeinderat geht davon aus, dass kein weiterer Lockdown folgen wird“. Ich schaue in andere europäische Länder, wo wir bereits wieder einen Lockdown haben. Ich schaue ins Wallis, wo heute Lockdown ähnliche Massnahmen verordnet wurden und frage mich, ob nicht ein Sparbudget angebracht wäre. Der Gemeinderat verneint dies, die Zukunft wird es zeigen. Speziell sind uns die durch kantonale und nationale Überregulierungen ausgelösten Kosten aufgefallen. Neu kommen dazu: Der Kanton beschliesst voraussichtlich eine Erhöhung der Lehrerlöhne, jährliche Kostenzunahme CHF 85'000.00. Der Lehrplan 21 macht neue teurere Lehrmittel nötig, jährliche Mehrkosten CHF 80'000.00. Der Kanton passt den Zinssatz für die Schulräumlichkeiten an, jährliche Mindereinnahmen von CHF 285'000.00. Das Reinigungspersonal muss inskünftig bei der SUVA versichert werden, es entstehen jährliche Mehrkosten von CHF 77'000.00. Gemäss Finanzstrategie will sich der Gemeinderat weiterhin für die Entwicklung des Finanz- und Lastenausgleichs einsetzen. Das ist gut, aber ich rege an, dass sich der Gemeinderat in Zukunft vermehrt gegen Regulierungen und Kostenabwälzungen, bei gleichzeitigem Autonomieverlust für die Gemeinden, einsetzt. Es ist ein Appell an alle Fraktionen, bei ihren Grossräten dafür zu sorgen, dass sich dieser Trend nicht immer stärker fortsetzt. Trotzdem stimmt die SVP dem Budget im Grundsatz zu.

Detailberatung, Budget

Werner Rupp (SVP): Ich beantrage Position 1120.3111.00, Kauf einer Kamera, zu streichen. Da die erste Kamera sehr gut rentiert, soll eine Zweite angeschafft werden. Die Umplatzierung der bestehenden Kamera genügt, dann weiss auch nicht jeder, wo sie steht. Ist sie fix installiert, rentiert sie nach einem halben Jahr nicht mehr. Ich bin grundsätzlich gegen Kameras und votiere für die Streichung.

Luzia Capanni (SP): Ich danke dem Gemeinderat, dass er weiterhin in die Bossartscüür investiert. Man sieht gerade jetzt, wie wichtig es ist, dass die Gemeinde die Kulturbetriebe unterstützt. In Brugg muss das Dampfschiff, dieses hat eine wichtige Funktion für die kulturelle Vielfalt und die Gesellschaft, aufgrund der Krise schliessen. Ein Verlust für die Region Brugg. Wir schätzen, dass die Gemeinde weiterhin in die Bossartschüür investiert und den Vereinen und Menschen in Windisch einen Ort anbietet, wo sie Kultur geniessen können.

Karin Hefti (FDP): Kontos 6290.3634.02/6290.4240.00 CHF 56'000.00 bzw. 47'600.00. Die FDP-Fraktion stellt den Antrag diese ersatzlos zu streichen.

Mirjam Aebischer (SP): Brugg Regio ist eine sinnvolle Organisation, welche die Interessen und Anliegen der Region koordiniert wahrnimmt. Schwierig finde ich die Stellungnahme von Brugg Regio zum OASE-Projekt, es wurden nur die Meinungen der Gemeinderäte abgeholt. Ich finde es schwierig, wenn beim Ausarbeiten von Stellungnahmen die Bevölkerung nicht einbezogen wird. Es müsste demokratischer vorgegangen und die Legislative befragt werden. In Windisch hat sie dem Gemeinderat bezüglich OASE einen anderen Auftrag gegeben als Brugg Regio Stellung nimmt. Ich verzichte auf einen Kürzungsantrag, kann mir aber vorstellen, dass man auf dieses Thema zurückkommt. Wir würden uns freuen, eine differenziertere Haltung von Brugg Regio in bestimmten Fragen zu hören.

Fabian Schütz (SVP): Ich unterstütze die Streichung der Tageskarten. Viele Gemeinden im Aargau haben das Angebot abgeschafft, teilweise schon letztes Jahr. Die SBB selbst erachtet das Angebot nicht mehr als zeitgemäss und stellt es per Ende 2023 ein.

Protokoll des Einwohnerrates**21. Oktober 2020**

Mirjam Aebischer (SP): Die Tageskarten sind sinnvoll und der Antrag ein völlig falsches Zeichen. Sie sind begehrt und beliebt bei den Leuten. Ich bin nicht sicher ob man wegen Corona wirklich weniger reist. Da man nicht mehr so häufig ins Ausland kann, reist man umso mehr in der Schweiz. Nicht alle haben ein Auto zur Verfügung. Das Angebot zu streichen, nur weil es in drei Jahren eingestellt wird, ist ein schlechtes Zeichen. Später kann man auf das neue Angebot der SBB einsteigen. Machen wir mit der Tageskarte etwas für die Bevölkerung.

Fabian Schütz (SVP): Die SVP-Fraktion beantragt, den Budgetposten 9901.3151.01 von CHF 30'00.00 auf CHF 20'000.00 (Unterhalt Fahrzeuge) zu reduzieren. Bei einer 1 Mio. Defizit hat die Neubeschriftung der Fahrzeuge nicht erste Priorität. Neu angeschaffte Fahrzeuge können mit dem neuen Logo beschriftet werden. Ich frage mich, ob mit der vorgesehenen neuen Beschriftung von Fahrzeugen die Prioritäten richtig gesetzt sind.

Karin Hefti (FDP): Die FDP-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Einwohnergemeinde Windisch erstellt bis 31.12.2020 eine Aufgaben- und Finanzplanung mit folgenden Szenarien und Varianten:

- Variante Status quo (ohne Liegenschaftenverkäufe, ohne Steuerfusserhöhung)
- Mit Desinvestitionen Liegenschaften (50/100%) und Steuerfusserhöhung (5/10%)
- Effekt einer Zinserhöhung auf 3% (statt nahe 0%)
- Äufnung eines zweckgebundenen Fons für Vorfinanzierung Schulhausanlage Dohlenzelg (Steuerfusserhöhung 5% ab Projektierung)

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP): Wir setzen eine Kamera ein, darüber ist Verschiedenes zu hören. Diese hat sich sehr bewährt und hilft bei der Überprüfung von klaren Verboten. Die Kamera ist mobil und nicht immer am gleichen Ort. Weshalb benötigen wir eine zweite Kamera? Wir haben sehr viele Signalisationen „Zubringerdienst gestattet“, der eigentliche Grund für die Einführung der Verkehrsüberwachung. Wir haben sehr viel quartierfremden Verkehr, sogenannten Schleichverkehr, und hatten viele Reklamationen. Wir sind für die Einhaltung der Beschränkungen verantwortlich. Ziel ist nicht, die Kasse der Gemeinde zu füllen, obwohl es ein schöner Nebeneffekt ist. Die

Massnahmen zur Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung müssen vollzogen werden. Damit am Anfang und Ende eines Zubringers eine Kamera gestellt werden kann, braucht es eine Zweite. Ich bitte den Streichungsantrag abzulehnen.

Unsere Statistik belegt, dass wir nach Ende des Lockdowns und dem Start der Ferien eine sehr hohe Auslastung der Tageskarten hatten. Ich bitte diesen Streichungsantrag ebenfalls abzulehnen. Wir werden die Situation im Rahmen der Budgetierung für das Jahr 2022 überprüfen.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Es ist unbestritten, die Beschriftung der Fahrzeuge verursacht Kosten. Ende Jahr wird unser neuer Webauftritt und unser Logo aufgeschaltet. Unser Auftritt soll einheitlich sein, deshalb werden die Fahrzeuge mit dem neuen Logo beschriftet. Wir bitten den Einwohnerrat die Kosten unter diesem Aspekt zu genehmigen.

Wir nehmen die Anregung der FDP zur Finanzplanung auf, nur weshalb muss diese bis am 31. Dezember 2020 vorliegen? Die Finanzplanung ist ein Instrument des Gemeinderates, der Einwohnerrat kann darüber nicht bestimmen, sondern nur davon Kenntnis nehmen. Wir werden die von Karin Hefti geforderten Parameter für die Finanzworkshops aufarbeiten. Die Fragen zur Bildung eines Fonds zur Finanzierung der Schulanlagen wurden von Michael Schleuniger bereits beantwortet. Dies ist nur mit einem Ertragsüberschuss möglich. Selbstverständlich werden wir dieses Thema im Workshop ebenfalls diskutieren. Die Finanzplanung ist ein Instrument des Gemeinderates, es ist deshalb nicht möglich, eine Zeitlimite vorzugeben.

Bei den Tageskarten waren wir einige Jahre im Plus. Das negative Resultat ist nicht nur auf die Corona-Situation zurückzuführen. Viele nutzen die SBB-App, wo es möglich ist, im Zeitpunkt des Reiseantritts den günstigsten Tarif zu wählen. Deshalb ist die App heute teilweise günstiger als die Tageskarte. Ich befürworte die Kürzung nicht, aber wir werden die Situation überprüfen müssen. Was immer die Politik entscheidet, wir bauen eine Dienstleistung für die Bevölkerung ab.

Offene Abstimmungen Anträge

Antrag Werner Rupp (SVP) Streichung Position 1120.3111.00, CHF 25'000.00

B e s c h l u s s :

Protokoll des Einwohnerrates**21. Oktober 2020**

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag mit 13 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen ab.

Antrag Karin Hefti (FDP) Erstellung Aufgaben- und Finanzplanung bis 31.12.2020

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag mit 24 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen zu.

Antrag Karin Hefti (FDP) Streichung Budgetpositionen Gemeindetageskarten
(6290.3634.02 / 6290.4240.00)

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag mit 16 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen ab.

Antrag Fabian Schütz (SVP) Reduktion Budgetposition 9901.3151.01 auf
CHF 20'000.00. Die Position Neubeschriftung der Fahrzeuge ist zu streichen.

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat lehnt den Antrag mit 10 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen ab.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Budget 2021 wird mit einem Steuerfuss von 115% genehmigt.

3 Verpflichtungskredit Projektierung Neubau Schulanlage Dohlenzelg

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Der Einwohnerrat hat 2017 bei der Rückweisung der Projektierung zu Recht auf verschiedene offene Fragen hingewiesen. Mit den Parallelprojekten haben wir gewisse strukturelle Bereinigungen vorgenommen, um das bestehende Raumpotential besser zu nutzen. Ich spreche vom Einbau der neuen Schulküche

gemäss Lehrplan 21 im Chapfschulhaus und der Umnutzung des Lernschwimmbeckens im Bezirksschulhaus für die Tagesstrukturen. Die letzten Parallelprojekte werden 2021 mit Budgetkrediten umgesetzt.

Die wichtigste Basis für die neue Schulanlage ist das abgestimmte Raum- und Flächenprogramm. Abgestimmt auf die Bedürfnisse der Nutzer, abgestimmt auf den Lehrplan 21, abgestimmt auf die Entwicklung der Schülerzahlen, abgestimmt auf die Bedürfnisse der Sportvereine. Im Aussenraum der Schulanlagen sollen weiterhin grössere Sportanlässe, Dorf- und Jugendfeste stattfinden können. Wir sind stolz, dass alle Nutzer vorbehaltlos hinter dem Raum- und Flächenprogramm stehen. Die Projektidee des Siegerteams bestätigt, dass sich das zusätzlich durchgeführte Planerwahlverfahren mehr als gelohnt hat. Die vorliegenden fundierten Grundlagen und Fakten belegen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Grosse Herausforderungen warten auf uns. Einerseits müssen wir den dringend notwendigen Schulraum für die kommenden Generationen in nützlicher Frist zur Verfügung zu stellen, andererseits einen verkraftbaren Weg für die Finanzierung finden. Die Politik ist gefordert, parteiübergreifend in einem konstruktiven Prozess den Weg weiter zu gehen. Nur so kann das Vertrauen der Bevölkerung gewonnen werden. Der Gemeinderat ist für diese Herausforderung bereit, ich hoffe der Einwohnerrat auch. Danke für die Unterstützung.

Fredy Bolt, FiGPK (SP): Unser Bericht liegt vor, ich gehe nur noch auf wenige Punkte ein. Die Realisierung dieses Projektes wird eine grosse kommunikative Herausforderung für uns Alle sein. Die prognostizierten Kosten von CHF 34.3 Mio. stuft die FiGPK als angemessen ein. Wir erhalten die vollständige Infrastruktur für drei Kindergarten- und zwölf Primarklassen, inklusive Reserve für zwei weitere Klassen und inklusive Turnhallen für alle Dohlenzelg- und Reutenenklassen. Im Vergleich mit anderen Schulbauten entsprechen die reinen Baukosten dem Durchschnitt nicht luxuriöser Schulbauten. Über Qualität und Folgekosten sagen solche Baukostenvergleiche wenig aus. Die finanzielle Tragbarkeit ist unserer Ansicht nach gegeben. Schulhäuser sind die grössten Investitionen einer Gemeinde und lösen immer und überall finanzielle Bedenken aus. In Berücksichtigung der Selbstfinanzierung der letzten Jahre und der Prognosen für die nächsten zehn Jahre kann die Investition unserer Meinung nach finanziert werden. Windisch ist als Zentrumsgemeinde strukturell gut positioniert, sowohl für ein bevölkerungsmässiges, wie finanzielles Wachstum – Corona hin oder her, denn das wird vorbegehen.

Es ist sinnvoll, dass der Gemeinderat bereits den Projektierungskredit der Volksabstimmung unterstellen will, ebenso der Antrag für den Initialisierungskredit für ein zügiges Vorgehen. Die Höhe des Projektierungskredites ist angemessen.

Wir haben zwei Empfehlungen an den Gemeinderat. Gemäss Bericht Infraconsult steigen die Schülerzahlen in den nächsten zwei Jahrzehnten ausschliesslich im Einzugsgebiet von Dohlenzelg- und Reutenenschulhaus. Die Schulraumkapazitäten reichen jedoch nur für drei vollständige Klassenzüge in diesem Gebiet. Bereits beim Vorprojekt oder parallel dazu ist zu überlegen, wie im Verbund Reutenen- und Dohlenzelgareal in 10 bis 15 Jahren ein vollständiger vierter Klassenzug möglichst kostengünstig realisiert werden kann. Der zweite Hinweis: Der Gemeinderat hat die Gesamtkosten mit CHF 34 Mio. kommuniziert und es ist zwingend zu vermeiden, dass der Baukredit höher ausfällt. Die Kostenkontrolle ist bereits bei der Projektierung zentral, die Verantwortung des Bauherrenvertreters. Der Gemeinderat sollte das Knowhow eines Bauökonomen nutzen, damit dem Bauherrenberater auf Augenhöhe begegnet und kritische Fragen gestellt werden können. Wir zweifeln die Fähigkeiten von Gemeinderat und Verwaltung keineswegs an. Wir müssen uns bewusst sein, dass eine solche Investition immer wieder Neuland ist und die Erfahrung im Umgang damit gerade in kleinen Gemeinden fehlt. Die FiGPK empfiehlt Eintreten und Annahme der Anträge.

Eintreten ist unbestritten.

Matthias Knecht (FDP): Wir sprechen bereits hohe Summen: CHF 2.3 Mio. für die Projektierung und CHF 150'000.00 für den Initialisierungskredit. Dieser Kredit macht nur Sinn, wenn das Bauprojekt von CHF 34.3 Mio. vom Einwohnerrat und den Stimmbürgern angenommen wird. Das Vorgehen erscheint der FDP sinnvoll. Die Substanz des jetzigen Schulhauses ist am Ende der Lebensdauer. Es gilt weitere Verzögerungen zu verhindern, welche zu einem Handlungszwang führen und Stimmbürgern und Einwohnerrat die notwendigen Einflussmöglichkeiten nehmen könnten. Die vorliegende Studie ist mit allen Beteiligten erarbeitet worden. Zahlreiche neue Erkenntnisse und Wünsche haben die Kosten in den letzten Jahren in die Höhe getrieben. Es ist fraglich, ob aufgrund der Diskussionen in den letzten Jahren mit einer Rückweisung die Kosten noch gesenkt werden können. Die FDP stuft die Kosten als sehr hoch ein, insbesondere auch die knapp CHF 5 Mio. für die Umgebungsarbeiten. Es wird alles andere als einfach sein, dies den Stimmbürgern zu verkaufen. Die Minderheit der FDP will den Kredit bereits im

jetzigen Zeitpunkt senken, die Mehrheit erachtet dies in der aktuellen Phase nicht als sinnvoll. Sie behält sich die Streichung einzelner Positionen oder die Reduktion der Gesamtsumme zu einem späteren Zeitpunkt vor. Die Bauherrenvertretungen gaben Anlass zu Diskussionen. Die Minderheit vertritt die Ansicht, dass die Bauherrenberatung für das ganze Bauprojekt durch eine Firma wahrgenommen werden muss und nicht gewechselt werden darf. Dies würde aufgrund der Gesamtsumme zu einem offenen Verfahren führen. Sollte der Gemeinderat den Bauauftrag an einen GU oder TU vergeben, muss der Bauherrenvertreter über entsprechende Erfahrungen verfügen. Für uns wird die Finanzierung zu optimistisch beurteilt. Entsprechende Anträge haben wir bereits beim Budget gestellt. Ein solcher Neubau muss rasch amortisiert werden, sei dies durch Desinvestitionen und schmerzliche Steuererhöhungen. Darauf zu vertrauen, dass das Schönreden des Budgets oder das Bevölkerungswachstum das Problem lösen werden, ist gefährlich. Der FDP ist eine realistische Information der Stimmbürger wichtig. Der Verzicht auf Desinvestitionen führt zu einem höheren Steuerfuss und umgekehrt. Auf Desinvestitionen oder auf eine Steuerfusserhöhung zu verzichten, ist Raubbau an der finanziellen Zukunft unserer Kinder. Diese können notwendige Investitionen aufgrund der prekären finanziellen Situation nicht mehr tätigen. Unter der Bedingung, dass die grossen Investitionen auch mit Desinvestitionen gemäss Finanzplan finanziert werden, stimmt die FDP dem Antrag grossmehrheitlich zu.

Paul Bitschnau (SP): Der Sturmschaden im März hat den dringenden Handlungsbedarf aufgezeigt. Die Baukonstruktion der Turnhalle ist am Ende ihrer Lebensdauer, dasselbe gilt für das Dohlenzelgshulhaus. Wir stehen hinter der Strategie des Gemeinderates, das Projekt zügig zu realisieren. Max Gasser hat die Verzögerungen angesprochen, das Planerwahlverfahren zeigt, dass diese nötig waren. Der dringend nötige Schulraum soll mit dem Dohlenzelgshulhaus geschaffen werden. Die Fraktion fragt sich, die FiGPK weist ebenfalls daraufhin, ob der neue Schulraum reicht. Windisch hat Wachstumspotential. Wir erwarten, dass die Schülerzahlen im Rahmen der Schulraumplanung laufend analysiert werden, damit wir nicht in ein paar Jahren unliebsam überrascht werden. Bereits wird diskutiert, das Fremdsprachenzimmer und der Multifunktionsraum als Klassenzimmer zu nutzen, persönlich finde ich das eher unseriös. Trotz kritischer Stimmen zum Lehrplan 21, er muss umgesetzt werden und es braucht Fachzimmer. Zu den Finanzen: Wir teilen die Überzeugung der FiGPK, dass die Investition von CHF 34 Mio. tragbar ist. Die Selbstfinanzierung wird ansteigen, Windisch wird weiter

wachsen und mehr Steuereinnahmen generieren. Eine solche Investition ist während mehrerer Jahre einmalig. Ich gebe zu, es ist Kaffeesatz lesen, wir wissen nicht wie sich die Parameter ändern. Corona hat uns alle völlig überrascht und wir wissen nicht, ob weitere Überraschungen, auch positive, auf uns zukommen werden.

Die Fraktion begrüsst grossmehrheitlich und trotz Kostenrisiko, dass der Projektierungskredit der Volksabstimmung unterbreitet wird. Unsere Fraktion steht hinter dem Projekt Dohlenzelg und es ist Zeit, den nächsten grossen Schritt zu machen. Wir sind dies den Schülerinnen und Schülern, den Lehrpersonen und den Vereinen schuldig. Wie bereits erwähnt, wir sind Alle kommunikativ stark gefordert. Je deutlicher die Mehrheit, desto grösser die Chance, dass die Bevölkerung vom guten Projekt überzeugt ist. Die grosse Mehrheit der SP stimmt dem Kredit zu.

Stefan Fehlmann (EVP): Über den Neubau der Schulanlage diskutieren wir schon lange. Angefangen bei der gutgeheissenen Schulraumplanung über die verschiedenen Planungsschritte bis zur heutigen Vorlage. Der Plan ist architektonisch und schulisch ansprechend, für die Experten die beste Lösung. Trotzdem überzeugen uns nicht alle Punkte. Da sind die Kosten. Die Echogruppe hat verlangt, den Investitions- und Lebenszykluskosten die notwendige Beachtung zu schenken. Dieses Echo ist irgendwo verhallt. Wir sind immer noch der Meinung, dass es günstiger möglich ist. Die Umsetzung und Priorisierung liegt beim Gemeinderat und der Verwaltung. Das weitere Vorgehen, Stichwort GU ja oder nein, Kostenkontrolle und vieles mehr ist nicht definitiv geklärt. Hier gilt es mehr Transparenz zu schaffen.

Soll das Volk zum Projektierungskredit und zum Schulhausneubau Ja sagen, muss dies kommunikativ gut verkauft werden. Es sind bereits vereinzelt kritische Stimmen zum Vorhaben zu hören. Die EVP stimmt trotz Vorbehalten dem Verpflichtungskredit zu.

Toni Burger (CVP): Die CVP-Fraktion hat diese Vorlage sehr lange diskutiert, alles hinterfragt und Lösungen gesucht. Wir sind überzeugt, dass es die neuen Schulräume, welche die Räume im Dohlenzelgschulhaus ersetzen, braucht. Die CVP unterstützt den Neubau eines Schulhauses und den Ersatz der Hallen, aber zu welchem Preis? Wir stuften die geschätzten Baukosten als sehr hoch ein. Unsere Zweifel gegenüber dem Bau einer Schulanlage auf der grünen Wiese haben wir immer wieder geäussert. Ebenso haben wir wiederholt verlangt, dass günstigere Bauweisen, zum Beispiel die modulare

Bauweise, abzuklären sind. Wurde wirklich alles geprüft? Die Grösse des Fussabdruckes der Schulanlage auf diesem zentralen Platz haben wir ebenfalls mehrmals eingebracht. Der Jury-Entscheid erstaunt uns sehr.

Der Gemeinderat unterbreitet den Projektierungskredit. Die CVP will in diesem Stadium nicht als Verhinderungspartei dastehen. Wird der Kredit bewilligt, unterstützen wir die geplante Urnenabstimmung. Es ist uns wichtig, in diesem Zeitpunkt die Meinung des Volkes abzuholen. Der Gemeinderat muss in der Abstimmungsvorlage die zu erwartenden Baukosten und deren Finanzierung klar aufzuzeigen, ebenso die Auswirkungen auf die Rechnung der Gemeinde. Die Zeitdauer der Steuerfusserhöhung ist auszuweisen. Das Volk muss die Konsequenzen kennen, wenn es zum Projektierungskredit Ja sagt. Bei der Auftragserteilung an die Architekten müssen weitere Vorgaben festgelegt werden. Teilweise sind es Wiederholungen aus dem Beschrieb des Planerwahlverfahrens, beispielsweise die kostengünstige Bauweise. Gemäss Projekthandbuch darf der Gesamtkostenrahmen von 34.3 Mio. nicht überschritten werden. Stehen muss hier, dass der Kostenrahmen wesentlich unterschritten werden muss. Das Notwendige muss vom Wünschbaren getrennt werden. Der Raumbedarf muss überprüft, das Projekt allenfalls gestrafft werden. Wir stellen diese Forderungen aufgrund der sehr hohen Gesamtkosten. Windisch kann sich dies nicht leisten, zu viele Unsicherheiten stehen im Raum. Die Risiken bei den jährlichen Steuererträgen und bei den Zusatzaufwendungen sind sehr gross. Ebenso gilt es dem Risiko eines Volks-Neins die notwendige Aufmerksamkeit zu schenken.

Wir verstehen, dass wir ein neues Schulhaus bauen müssen. Nach vielen Diskussionen hat unsere Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Philipp Ammon (SVP): Die SVP hat sich ebenfalls intensiv mit dem Projekt auseinandergesetzt. Nach den vielen in der Vergangenheit geführten Diskussionen ist es erstaunlich, dass die Voten heute beinahe aus einem Guss sind. Der von Toni Burger erwähnte Fussabdruck war in den früheren Debatten ein Thema.

Es wurde mehrmals angesprochen, die Kosten von 34.3 Mio. sind sehr hoch. Auf die notwendige sehr gute Kommunikation wurde ebenfalls mehrmals hingewiesen. Das Produkt muss gut verkauft werden. Ich habe diese Woche folgendes gelesen: „Im Hinblick auf die Einwohnerratssitzung teilt die Fraktion mit, dass sie nicht vorbehaltlos hinter den Anträgen des Gemeinderates stehen kann.“ Solche Aussagen in der Zeitung,

bevor der Einwohnerrat die Vorlage beraten hat, sind kein guter Start für dieses Projekt. Es ist ein grosses Projekt, wir Alle haben Respekt davor. Wer dieses Projekt will und unterstützt, muss dies auch gegen aussen kommunizieren.

Wir haben uns mit den Kosten auseinandergesetzt. Der Preis von 34.3 Mio. wird kommuniziert und hat somit eine gewisse Verbindlichkeit. Trotz möglicher Abweichungen von +/- 20% wird der Stimmbürger über diese Summe diskutieren. Unser Zusatzantrag lautet: „Die in dieser Botschaft angegebenen Gesamtprojektkosten von CHF 34.3 Mio. sind als Kostendach zu betrachten und dürfen in den Folgejahren nicht überschritten werden.“

Stefan Fehlmann hat die Lebenszykluskosten erwähnt. In der aktuellen Phase sind diese schwierig zu beziffern. Bei der Sprechung des Baukredites werden wir über die Höhe der Lebenszykluskosten entscheiden. Darauf gilt es bereits jetzt zu achten. Werden die 34.3 Mio. beim Baukredit überschritten, wird dieser beim Volk kaum eine Chance haben, davon bin ich überzeugt. Aufgrund der Voten wird dieser Zusatzantrag die Zustimmung der anderen Fraktionen finden.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Ich verweise auf die Projektziele, Seite 8, Punkt 3.2, der Botschaft. Dort sind alle wichtigen Informationen, auch zur Wirtschaftlichkeit und den Lebenszyklen, zu finden. Die Vorgabe des Gemeinderat ist: „Der Gesamtkostenrahmen von 34.3 Mio. ist eingehalten oder unterschritten.“ Die Summe im heutigen Zeitpunkt zu fixieren ist nicht realistisch. Wird schlussendlich noch ein Schulzimmer zusätzlich benötigt, steigt der Preis schnell um 1 Mio. Wir können heute keine abschliessende Garantie abgeben. Hinter dem Raumprogramm stehen Alle, ich habe einleitend informiert. Wir haben uns sehr viel Zeit genommen und verschiedene Zusatzschlaufen eingeschaltet. Es wird Aufgabe des externen Bauherrenvertreters sein, die Einhaltung der Kosten zu kontrollieren, damit es nicht ausufert oder neue Sachen aufgenommen werden. Die Schule ist im Wandel. Aus der Oberstufe haben wir bereits Signale, dass der Lehrplan 21 mit grossen räumlichen Herausforderungen verbunden ist. Es wird auch in der Oberstufe eng. Die Nutzung der Räume wird stufenübergreifend geprüft. SeReal und Bez arbeiten eng zusammen und die Schulleitungen machen ihre Arbeit gut. Unsere Strategie hat das Ziel, die Quartierschulstandorte zu reduzieren. Der Einwohnerrat hat dieser Strategie zugestimmt, welche die Stärkung der einzelnen Quartierschulhäuser zum Inhalt hat. Im Finanzplan ist bereits das Rütenenschulhaus einge-

stellt. Es sind erste Ideen vorhanden, was hier passieren soll. Das Papier der Gemeindeentwicklung zeigt, dass alle drei Schulstandorte berücksichtigt werden müssen. Das grösste Wachstum erwarten wir im Winkel und in der Reutenen. Im Zelgli, Breitacker, Joggelacker und im Unterdorf gibt es kein grosses Entwicklungspotential mehr. Kinder aus dem Dägerli, welche heute ins Dohlenzelgschulhaus gehen, können später gut ins Dorfschulhaus eingeteilt werden. Wir haben die engen Platzverhältnisse im Dohlenzelgareal, weil im Rütenenschulhaus kein ganzer Klassenzug Platz hat. Bereits heute sind im Dohlenzelg- und Chapfschulhaus Klassen aus dem Reutenenquartier untergebracht. In einem nächsten Schritt müssen diese wieder zurückgeführt werden, damit wir im Dohlenzelgschulhaus genügend Platz für die Entwicklung im Winkel haben. Die Situation muss immer über das ganze Gemeindegebiet betrachtet und beurteilt werden.

Karin Hefti (FDP): Wir wollen eine neue Schulanlage Dohlenzelg und gleichzeitig gesunde Gemeindefinanzen. Die nachhaltige Finanzierung muss sichergestellt werden, die Voraussetzung für eine erfolgreiche Volksabstimmung. Es braucht deshalb eine kritische Überprüfung der Investitionskosten und Klarheit über die langfristige Finanzierung. Was hindert den Gemeinderat daran heute nur Antrag 1, Initialisierung Projektierung von CHF 150'000.00 zu beantragen, dann Klarheit zu schaffen und Antrag 2, den Projektierungskredit über 2.3 Mio. CHF dem Einwohnerrat erst im März 2021 vorzulegen?

Fredy Bolt (SP): Es reizt mich sehr sofort auf diese Frage zu antworten, ich habe jedoch noch einen anderen Aspekt. Das Studium der Unterlagen erweckt den Eindruck, dass sich verschiedene Lobbys, zum Beispiel Sportvereine und Sportlehrer, erfolgreich eingebracht haben. Die Planung des Aussenraums zeigt, dass sich die Schüler nicht erfolgreich einbringen konnten. Der attraktive Pausenplatz der Unterstufe wurde massiv zurückgestuft. Ich stelle folgenden Zusatzantrag: „Bei der Planung des Aussenraums ist der Pausenbereich für die Primarschüler gegenüber dem vorliegenden Planungsvorschlag deutlich auszuweiten. Dabei soll auch geprüft werden, ob und zu welchen Kosten einzelne Sportanlagen auf die Parzelle 586 entlang des Schützenhauswegs verlagert werden können.“ Die Parzelle 586 ist im Eigentum des Kantons und weniger als 100 Meter von der Chapfturnhalle entfernt.

Paul Bitschnau (SP): Diskussionen über die Finanzen im jetzigen Zeitpunkt sind anspruchsvoll. Wo stehen wir bei diesem Projekt? Als nächster Schritt kommt das Vorprojekt, dann folgt das Bauprojekt. Aktuell liegt ein Projektbeschrieb des Planungsbüros vor. In der Regel spricht man von +/- 20%, beim Vorprojekt sind es +/- 15% bei den Kosten und beim Bauprojekt +/- 10%. Es ist der falsche Zeitpunkt für einen Beschluss. Die Planer werden mit den Arbeiten beginnen. Bereits bei der Präsentation habe ich auf die fehlenden Reserven hingewiesen. Die Antwort war, dass bei einem Neubau relativ präzise Angaben zu den Kosten gemacht werden können. Die Summe von CHF 34.3 Mio. hat sich in allen Köpfen eingegraben. Stellen sich später Risiken beim Untergrund, beim Abbruch des alten Schulhaus oder der Turnhalle ein, kommen diese Kosten dazu. Das ist ein Teil des Projektrisikos, das es zu akzeptieren gilt. Lassen wir das Planungsbüro das Vorprojekt erarbeiten. Sie kennen unsere Haltung und wissen, dass sie bei der Kostenermittlung sehr präzise arbeiten müssen. Natürlich wünschen wir uns eine grössere Sicherheit, diese gibt es im Moment nicht.

Elsbeth Hofmänner (CVP): Ich habe immer wieder für einen möglichst reduzierten Fussabdruck plädiert. Der zu grosse Fussabdruck des ausgewählten Projektes wirkt sich auf die Aussenraumgestaltung aus. Der Vorschlag von Fredy Bolt ist nicht unbedingt die glücklichste Lösung. Der Verlust bei den Aussenanlagen besteht, der Bedarf ist aber vorhanden.

Die Kosten müssen limitiert werden. Die vertiefte Planung startet und es ist der richtige Zeitpunkt um mit aller Deutlichkeit aufzuzeigen, dass man das Fleisch am Knochen strapaziert. Das Architekturbüro hat eine gute Berechnung erstellt, trotzdem bin ich überzeugt, dass die Kosten gesenkt werden können. Diese 3 bei den 30 Mio. ist eine magische Schwelle und wird bei der Bevölkerung sehr kritisch ankommen. Vorne eine „2“ zu haben ist ein sehr gutes Ziel. Ich bin mir bewusst, dass dies nicht einfach sein wird. Ich habe die Projekte im Detail verglichen, Liechti Graf Zumsteg plant mit zwei Treppenhäusern sehr grosszügig. Dies ist für den schulischen Ablauf sicher ein Vorteil, ich erinnere an das Mausloch beim Bahnhof. Sobald die Schüler in den Zimmern sind, ist das Treppenhaus leer. Das Projekt von Stoos beinhaltet nur ein Treppenhaus, deshalb ist das Volumen kleiner. Im Jurybericht wird dies negativ bewertet. Es ist ein Dilemma, wir wollen das Schulhaus möglichst rasch, trotzdem müssen den Planern gewisse Vorgaben gemacht werden.

Philipp Ammon (SVP): Im Gegensatz zu Paul Bitschnau erachten wir den Zeitpunkt als richtig, die Kosten zu limitieren. Stimmt das Volk dem Projektierungskredit zu, gehen die Planer an die Arbeit. Das nächste Mal werden wir über das fertige Bauprojekt diskutieren. Dann gibt es nicht mehr viel zu diskutieren, sonst wird es richtig teuer. Andere Voten gehen in die gleiche Richtung. Der Gemeinderat hat sich zu meinem Antrag nicht geäußert. Einerseits steht der Gemeinderat hinter dem Schulraumprogramm, andererseits ist nicht bekannt, ob es ein Schulzimmer mehr oder weniger gibt. Die Abstimmung ist im Juni 2023 geplant. Ich hoffe, dass die Schulzimmer in den nächsten drei Jahren fixiert sind. Wir sind in der luxuriösen Lage, wenn man das paradox formulieren will, dass wir in den nächsten Jahrzehnten noch weitere Schulhäuser umbauen und das Raumprogramm jedes Mal wieder anpassen können. Die Standorte werden koordiniert. Dies gibt in den nächsten Jahrzehnten die Möglichkeit, an einem anderen Ort Schulraum zu schaffen, sollten wir temporär Bedarf haben. Ich bitte meinen Antrag zu unterstützen. Es ist der letzte Moment, die Kosten zu limitieren. Wir setzen ein klares Zeichen gegenüber den Planern, die Stimmbürger werden dies entsprechend goutieren.

Philipp Umbricht (FDP): Ich äussere mich nicht zu beiden Anträgen. Der Antrag des Gemeinderates, den Beschluss der Volksabstimmung zu unterstellen, wird unterstützt. Für die Volksabstimmung brauchen wir eine klare Meinung und eine klare Formulierung. Der Stimmbürger kann nur Ja oder Nein sagen. Mit jedem Zusatzantrag wird es komplizierter und wir gefährden das Abstimmungsergebnis. Ich bitte dies bei den kommenden Sachdiskussionen zu berücksichtigen, ebenso beim Entscheid.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Ich kann die Limitierung der Kosten nachvollziehen. Auch der Gemeinderat hätte gerne tiefere Kosten, der Preis wird jedoch vom Volumen und dem Raumprogramm bestimmt. Dies wurde seriös geprüft und berechnet. Es braucht eine klare Haltung des Einwohnerrates, damit wir zum Erfolg kommen. Bei der letzten Rückweisung hat der Einwohnerrat auf diverse offene Punkte hingewiesen. Dabei war vor allem der Aussenraum ein Thema. Es wurde massiv bemängelt, dass die Bedürfnisse der Vereine nicht abgeholt und einbezogen wurden. Heute höre ich wieder das Gegenteil. Wir brauchen eine Anlage, hinter der alle Nutzer stehen können. Wir brauchen in der Politik einen starken Rückhalt, sonst wird es schwierig. Ich bitte den gemeinderätlichen Anträgen zu folgen und uns das Vertrauen zu schenken. Wir haben

die Zügel fest in der Hand und schenken den Kosten die notwendige Beachtung. Wir wollen ein Projekt, welches auch zukünftigen Generationen Freude bereitet.

Karin Hefti (FDP): Meine Fragen zur Aufteilung der Anträge sind noch nicht beantwortet.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Der Initialisierungskredit gibt dem Planerteam die Möglichkeit mit den Arbeiten zu starten, damit wir eine gut fundierte Botschaft für die Stimmbürger haben. Karin Hefti will zwei Sachen. Den Initialisierungskredit und die Abhandlung der Finanzierungsfragen. Die Finanzierungsfragen und die verlangten Varianten müssen in den Finanzworkshops parteiübergreifend diskutiert werden. Es gilt herauszufinden was möglich ist, es ist ein Geben und Nehmen von allen Seiten gefordert. Schade, dass wir beginnen über Treppenhäuser und Sportflächen zu diskutieren, zudem müssen wir noch wir für weitere Sportanlagen Land kaufen. Der Stimmbürger wird so nicht verstehen, was wir eigentlich wollen. Wir haben ein tolles Projekt. Der Baukörper ist lang, aber es gibt einen Vorbereich mit einem Baumdach. Es ist Aufgabe des Planerteams, diesen entsprechend zu bestücken, damit es für die Kinder spannend wird. Mut und Willen sind jetzt gefragt, sonst wird es schwierig.

Fredy Bolt (SP): Gestützt auf den Hinweis von Philipp Umbricht ziehe ich meinen Zusatzantrag zurück.

Offene Abstimmungen

Zusatzantrag Philipp Ammon (SVP)

Der Einwohnerrat fasst mit 18 Ja-Stimmen gegen 16 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die in dieser Botschaft angegebenen Gesamtprojektkosten von CHF 34'3 Mio. sind als Kostendach zu betrachten und dürfen in den Folgephasen nicht überschritten werden.

Anträge Gemeinderat

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit für die Initialisierung der Projektierung des Neubaus der Schulanlage Dohlenzelg von brutto CHF 150'000.00.

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit für die Projektierung des Neubaus der Schulanlage Dohlenzelg von brutto CHF 2'300'000.00.

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der unter Punkt 2 gefasste Beschluss wird der Urnenabstimmung unterstellt.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ich danke für den klaren Entscheid. Wir sind aber weiterhin auf die Unterstützung des Einwohnerrates angewiesen. Wir werden einen Informationsanlass für die Bevölkerung durchführen. Hier brauchen wir Unterstützung, ebenso bei der Kommunikation der positiven Haltung gegenüber diesem Projekt. Die Finanzierung werden wir in den nächsten Finanzworkshops diskutieren. Wir werden die Bevölkerung über eine mögliche Steuerfusserhöhung informieren, es ist aber nicht möglich, den Steuerfuss in der Vorlage festzulegen. Der Steuerfuss muss übrigens jedes Jahr diskutiert und festgelegt werden, er kann nicht auf fünf Jahre fixiert werden. Der Steuerfuss wird erst bei der Vorlage über den Baukredit ein Thema sein. Es wird sich zeigen, ob die Corona-Situation erlaubt, nächstes Jahr noch keine Steuerfusserhöhung zu beantragen. Mit diesem Thema muss sorgfältig umgegangen werden. Wir beobachten es und werden rechtzeitig kommunizieren. Ich danke für die bisherige und weitere Unterstützung damit wir vom Volk ein Ja erhalten.

4 Verpflichtungskredit Projektierung Betriebsstandort Kommunale Werke

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Was lange währt, wird endlich gut. Ich hatte das gleiche Papier bereits vor drei Jahren vor mir.

Das Betriebsgebäude der Werke ist in die Jahre gekommen, was von aussen gut sichtbar ist. Wir haben nicht einfach eine Gebäudesanierung in Auftrag gegeben, sondern mit einer Standortstudie das beste Vorgehen oder bessere Varianten genau analysiert. Es hat sich gezeigt, dass ein gemeinsamer Standort von Bauamt und Werken aus wirtschaftlicher und betrieblicher Sicht besser wäre. Dieser soll im Dägerli erstellt werden, um die Synergien zwischen Bauamt und Werken zu nutzen. Zudem stehen diesen endlich genügend Aussenflächen zur Verfügung. Bei einer guten Raumplanung wird der Boden effizient genutzt und dort verdichtet, wo es sinnvoll ist. Die Projektierung gibt uns die Möglichkeit, auch bei gewerblich genutzten Flächen mit positivem Beispiel voranzugehen. Der bisherige Standort des Bauamtes würde bei gleichbleibendem Fussabdruck deutlich besser genutzt. Gleichzeitig wird an sehr attraktiver Lage im Zentrum mittelfristig Raum frei, welcher neu genutzt werden kann. Was mit dem Gebäude nach dem Auszug der Werke in rund 5 Jahren passieren soll, darüber gibt es noch keine fixen Pläne. Aufgrund der attraktiven Lage wird es an neuen Ideen nicht mangeln. Mit der Machbarkeitsstudie Gemeindehaus, diese stand im Axioma zur Verfügung, wurden erste Überlegungen angestellt. Dies ist jedoch Zukunftsmusik und hat keinen Zusammenhang mit diesem Geschäft. Wir haben Zeit um in Ruhe zu planen und darüber zu diskutieren.

In den nächsten Jahren stehen grosse Projekte an, eines haben wir soeben diskutiert. Weshalb auch noch diese Vorlage? Aufschieben löst bekanntlich keine Probleme. Das Betriebsgebäude wird sich nicht selbst sanieren. Es braucht deutlich mehr, als einige Pinselstriche, um das Gebäude auf einen guten Stand zu bringen. Es gilt deshalb auch bei diesem Projekt vorwärts zu machen. Im Vergleich zu vor drei Jahren ergibt sich als weiterer Nutzen der neue gemeinsame Werkhof. Der Gemeinderat hat die drei Werke per 1. Oktober 2020 in eine gemeinsame Abteilung überführt und diese direkt Marco Wächter unterstellt. Die zwei Werke und das Bauamt sind nicht mehr der Abteilung Planung + Bau angegliedert, sondern eine eigene Abteilung. Der Name ist noch offen, könnte aber „Technische Dienste“ oder „Kommunale Werke“ lauten. Mit Valentin

Schmid haben wir einen sehr kompetenten Leiter gefunden, welcher dafür sorgt, dass die möglichen Synergien besser genutzt werden können. Um dies zu unterstützen, macht es Sinn, dieses Projekt weiterzubearbeiten, um eine schlagkräftige und dienstleistungsorientierte Abteilung aufbauen zu können.

Daniel Brassel, FiGPK (EVP): Die FiGPK hat diese Botschaft interessiert gelesen, war sie doch 2017 noch der Meinung, dass die Grundlagen für die Beurteilung eines gemeinsamen Betriebsstandortes fehlen. Gegenüber der Vorlage von 2017 ist man einen wesentlichen Schritt weiter. Einerseits ist die Frage der Rechtsform geregelt, die Werke werden als Spezialfinanzierungen der Gemeinde weitergeführt, andererseits ist die strategische Ausrichtung der Werke als Kommunale Werke mit einer einheitlichen Leitung sehr positiv. Für die Verwendung der Annexbauten wurden erste Ideen erarbeitet. Ob wir uns diese leisten können, ist eine andere Frage.

Die Kommission hat sich interessiert mit dem Kostenteiler auseinandergesetzt. Eine nachvollziehbare Berechnung gibt es nicht, aber einleuchtende und starke Argumente. Spätestens bei Vorlage des Baukredites muss eine nachvollziehbare Berechnung und Argumentation für den Kostenteiler vorgelegt werden. Ob dieser Kostenteiler dann auch für den Betrieb massgebend ist, wird eine weitere Herausforderung für die Führung der Kommunalen Werke sein. Die FiGPK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, die Projektierung Betriebsstandort Kommunale Werke anzugehen und den entsprechenden Projektierungskredit zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Bruno Schmid (SVP): Der Kostenteiler, welcher die Gemeinderechnung etwas entlastet, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses Projekt in Form von Gebühren trotzdem von der Bevölkerung bezahlt werden muss. Was die Annexbauten betrifft wünschen wir uns eine bessere Strategie in Bezug auf den Nutzen, die Rendite oder einen Verkauf. Die Überlegungen von Gemeinderat und FiGPK sind grundsätzlich nachvollziehbar. Die SVP unterstützt den Antrag. Der Gemeinderat ist gefordert, sich in Bezug

auf die anstehenden Steuererhöhungen Gedanken zur Finanzierung all dieser ausserordentlichen Projekte zu machen.

Martin Gautschi (FDP): Grundsätzlich ein gutes Geschäft, wir begrüssen die am 1. Oktober 2020 erfolgte Zusammenlegung, ebenso das Projekt. Positiv ist, dass die Projektierungskosten tiefer sind als 2017, weil das Projekt durch die Abteilung Planung + Bau bearbeitet wird. Gut finden wir, dass der Voranschlag des Bauprojektes ebenfalls CHF 800'000 tiefer ist als 2017. Die Zeit wurde für eine Optimierung des Projektes genutzt. Wie die SVP sind auch wir der Ansicht, dass die Annexbauten zwingend genutzt, verkauft oder vermietet werden müssen. Mit diesen Annexbauten müssen Mittel generiert werden, ein wichtiger Punkt zur Verbesserung der finanziellen Situation. Der Standort ist unbestritten und wir begrüssen, dass der Projektierungskredit bereits den einzelnen Spezialfinanzierungen belastet wird. Grundsätzlich liegt ein sauber ausgearbeitetes Projekt vor. Die FDP-Fraktion stimmt den beiden Anträgen zu.

Goran Marinkovic (SP): Der heutige Betriebsstandort der Elektrizitäts- und Wasserwerke ist erneuerungsbedürftig. Die Auslagerung der Werke wird an der Sanierungsnotwendigkeit der Annexbauten nichts ändern. Diese Sanierung wird uns bald beschäftigen, aber nun konzentrieren wir uns auf die Botschaft.

Es wird eine Standortstudie vorgelegt, welche eine nicht existierende Auswahl suggeriert. Der jetzige Standort ist für die Bedürfnisse der Werke ungenügend, der Kompostierplatz ist verkauft und somit verbleibt eigentlich nur noch der Standort des Bauamtes. Wir sind erstaunt, dass im Werkhof genügend Platz für eine gemeinsame Nutzung der Büros, Werkstätten, Magazine, Sozialräume, Lager etc. vorhanden ist. Der Aussage, dass ein Mehrwert geschaffen wird und die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden verbessert werden, können wir zustimmen.

Wie sieht die finanzielle Situation aus? Gemäss Kostenschlüssel muss sich die Gemeinde mit 22.5% beteiligen. Grundsätzlich tönt dies gut, aber, wie von der SVP erwähnt, die restlichen 78.5% stammen aus Gebühren und werden letztlich ebenfalls durch die Bevölkerung bezahlt. Diese beteiligt sich, nicht wie bei den Steuern progressiv, proportional. Die weiteren Kosten für die Annexbauten sind nicht beziffert, diese werden noch zusätzlich folgen. Aus unserer Sicht wäre mehr Platz für die verschiedenen Werke vorteilhaft. Die Werke bevorzugen die vorgeschlagene Lösung und wir unterstützen unsere Mitarbeitenden, um bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Trotz

Bedenken hat sich die SP-Fraktion mehrheitlich für die Unterstützung des Kredites ausgesprochen.

Mirjam Aebischer (SP): Diese Botschaft lag bereits vor drei Jahren vor. Besten Dank an Matthias Treier, aus ökologischen Gründen wird diese Botschaft nochmals vorgelegt. Es werden verschiedenste Ebenen miteinander verknüpft. Mit der Reorganisation der Werke wurde eine neue Kaderstelle geschaffen, wird deshalb die Botschaft wieder vorgelegt? Offensichtlich steht sie in Zusammenhang mit der neuen Leitung und es entsteht der Eindruck, für diese sollen gute Bedingungen geschaffen werden. Der Zeitpunkt für diese Botschaft ist sehr schlecht gewählt. Man will ein neues Schulhaus bauen und gleichzeitig einen Neubau für den Betriebsstandort der Werke realisieren. Der Gemeinderat wird bezüglich Kommunikation stark gefordert sein, ob dies gelingt, bezweifle ich. Grosse Bedenken habe ich, weil der Gemeinderat keine Vorstellungen darüber hat, was mit den Annexbauten geschehen soll. Es gibt Machbarkeitsstudien und ich will vom Gemeinderat hören, was er priorisiert. Ist eine Desinvestition geplant, lehne ich den Projektierungskredit ab. Die Gemeinde darf nicht für einen neuen Standort Werke Land verkaufen. Das ist für mich eine Grundsatzfrage der ich nicht zustimmen kann.

Elsbeth Hofmänner (CVP): Wir haben eine andere Meinung. Grundsätzlich unterstützen wir die Zusammenlegung und den beantragten Kredit, um einen ersten Schritt machen zu können. Um die Finanzierung des Baus zu sichern, muss in diesem Zeitpunkt bekannt sein, was wir mit der Parzelle, den Gebäuden, dieser Ecke machen. Entgegen der Meinung von Mirjam Aebischer können hier Wohnbauten realisiert werden und das neue Bauwerk 1:1 finanziert werden. Der Entscheid, was mit dem frei werdenden Grundstück passiert, muss mit dem Kredit für den Neubau des Werkhofs vorgelegt werden. Bei der Projektierung gilt, soviel wie notwendig.

Daniel Brassel (EVP): Die EVP-Fraktion findet die Zusammenlegung unter eine Leitung sinnvoll. Dadurch können mögliche Synergien genutzt werden. Mühe bereiten uns die geschätzten sehr hohen Baukosten. Ich habe diese im Verhältnis zum geplanten Schulhaus Dohlenzelg geprüft und festgestellt, dass die Baukosten rund 4 Schulzimmern entsprechen, 16% der geplanten Kosten für die gesamte Schulanlage oder rund 30% der geplanten Kosten für das reine Schulhaus. Ist dies wirklich gerechtfertigt, können

wir uns dies leisten? Wir bitten die Verwaltung die Projektierung mit einem sauber gespitzen Bleistift zu bearbeiten. Wir teilen die Meinung, dass die Gemeinde das Grundstück der Annexbauten auf keinen Fall veräussern darf. Die EVP-Fraktion unterstützt den Projektierungskredit.

Fabian Schütz (SVP): Bei den Desinvestitionen bin ich persönlich anderer Ansicht als Mirjam Aebischer und Daniel Brassel. Dem Projektierungskredit kann noch zugestimmt werden. Parallel zur Projektierung muss aufgezeigt werden, wo desinvestiert werden soll. Es müssen nicht die freiwerdenden Gebäude sein, aber sie bieten sich an. Der Gemeinderat hat dieses Vorgehen in seinen finanziellen Leitlinien fixiert. Ich erwarte konkrete Vorschläge, ich will sehen, welche Desinvestitionen uns in Zukunft entlasten. Dies ist eine Voraussetzung, damit wir einem Baukredit zustimmen können. Hier ist die Situation anders, als bei einem benötigten Schulhaus. Ich stimme dieser Investition nicht zu, wenn nicht klar ersichtlich ist, wo desinvestiert wird.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Die Grundlagen für die Berechnung der Kostenanteile sind im Axioma einsehbar. Diese muss noch präzisiert werden, sobald das Projekt im Detail geplant ist und klar ist, welche Bruttofläche und wieviel Aussenraum jedes Werk beansprucht. Dies wird erlauben, den Kostenteiler genauer zu berechnen. Die Machbarkeitsstudie Gemeindehaus beinhaltet drei Varianten für die Verwendung der Annexbauten. Variante 3 hat zusätzlich drei Untervarianten. Aktuell steht noch keine Variante im Vordergrund. Ich habe es einleitend gesagt, wir haben Zeit zum Überlegen, was an diesem Ort geschehen soll. Diese Zeit gilt es zu nutzen, damit nach dem Auszug der Werke die nächsten Schritte eingeleitet werden können und etwas Neues entstehen kann. Völlig offen ist, was dies sein wird. Zur Anmerkung von Goran Marinkovic bezüglich Finanzierung über die Gebühren: Die Situation ist heute nicht anders, die Werke bezahlen für die Nutzung der Gebäude Miete. Die Gebäude werden auch heute nicht gratis benützt. Mit dem Neubau investieren die Werke selber und die Miete dann weg.

Mirjam Aebischer (SP): Die Frage zur Desinvestition ist noch offen.

Protokoll des Einwohnerrates**21. Oktober 2020**

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Die Desinvestition ist nur bei Variante 3a der Machbarkeitsstudie, wenn es um Wohnungsbau geht, ein Thema. Aktuell ist völlig offen, welche Variante weiterbearbeitet wird. Es ist auch möglich, dass noch eine neue, völlig andere Idee entsteht. Der Einwohnerrat wird schlussendlich über die Verwendung dieser Parzelle entscheiden müssen. Es sind noch keine Entscheide gefallen, deshalb sind im Finanzplan keine Angaben enthalten.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen zu 1 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 380'000.00, inkl. MwSt., für die Projektierung eines Betriebsstandortes der kommunalen Werke.

Der Einwohnerrat fasst mit 34 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kosten werden wie folgt anteilmässig auf die Spezialfinanzierungen und die Einwohnergemeinde verteilt: Elektrizitätswerk 45%, Wasserwerk 25%, Abfallwirtschaft 5%, Abwasserbeseitigung 2.5% und Einwohnergemeinde 22.5%.

5 Verpflichtungskredit Massnahmen Genereller Wasserversorgungsplan (Rahmenkredit 2021 - 2024)

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Diese Botschaft hat ziemlich viel Ähnlichkeit mit der Botschaft vor drei Jahren. Anfangs 2017 haben wir den gleichen Kredit eingeholt, um bei den Wasserwerken diverse Projekte unbürokratisch zu realisieren. Wir haben sehr gute Erfahrungen gemacht und insbesondere im Bereich Tiefbau konnten wir Rückstände im Leitungsnetz aufarbeiten. Das Wassernetz muss laufend erneuert und unterhalten werden. Es umfasst rund 50 km, davon müssen wir jährlich rund 700 m erneuern, damit wir den Standard halten können. Das Durchschnittsalter der Leitungen liegt bei 39-40 Jahren, was bezüglich entstehender Schäden vernünftig ist.

Mit diesem Rahmenkredit erhalten die Fachleute von Planung + Bau und Wasserwerk die Möglichkeit, Projekte unbürokratisch zu planen und zu realisieren. Für den 2017 eingeholten Rahmenkredit hätten wir dem Einwohnerrat für die umgesetzten Vorhaben 10 bis 12 Vorlagen unterbreiten müssen. Bauvorhaben im Tiefbau waren im Einwohnerrat selten umstritten und deshalb ist es sinnvoll, wiederum den Weg des Rahmenkredites zu wählen. Mit diesem können jährlich rund CHF 500'000.00 in das Leitungsnetz investiert und der Status Quo erhalten werden. Diese Strategie soll mit dem vorliegenden Rahmenkredit 2021-2024 weitergeführt werden. Der Kredit basiert auf der Generellen Wasserversorgungsplanung. Aus dieser Planung ist der Zustand jedes Leitungsabschnittes ersichtlich. Diverse Abschnitte müssen saniert werden.

Eintreten ist unbestritten

Detailberatung

Renate Schraner (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt die beantragten Rahmenkredite. Das gewählte Vorgehen hat sich bewährt. Die Kredite sind gut begründet und der Bedarf ausgewiesen.

Bruno Kaufmann (FDP): Gemäss Botschaft gibt es bei den Strassen eine jährliche Projektlime von CHF 350'000.00. Es gibt jedoch den ausgewiesenen durchschnittlichen Bedarf von CHF 500'000.00/Jahr, damit sinnvolle Projekte realisiert werden können. Es leuchtet ein, dass der Strassenbelag nicht für jedes Werk wieder aufgerissen wird, sondern die Arbeiten koordiniert erfolgen. Das Vorgehen macht Sinn und soll weitergeführt werden. Die FDP unterstützt den Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Martin Schibli (EVP): Grundsätzlich ist das Vorgehen sinnvoll, die Massnahmen zusammenzunehmen und für vier Jahre einen Gesamtkredit einzuholen. Konkretisiert werden könnte die Priorisierung der Projekte. Für jeweils zwei Jahre sollte eine Jahresplanung erstellt werden. Wir gehen davon aus, dass aus zeitlichen Gründen keine Details in der Botschaft enthalten sind. In diesem Sinne stimmt die EVP dem Antrag zu.

Thomas Wernli (SP): Die SP erachtet alle drei Vorlagen als gut. Es hat in den vergangenen Jahren gut funktioniert und wir stimmen den Krediten zu.

Stephan Häberli (SVP): Uns ist aufgefallen, dass eine leichte Projektverzögerung resultiert. Aufgrund des Ressourcenmangels ist dies nachvollziehbar. Wir gewichten die Koordination höher und begrüßen das koordinierte Vorgehen. Wir sind verpflichtet, das Leitungsnetz zu unterhalten und wir stimmen allen drei Krediten zu.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 2'000'000.00, inkl. MwSt., für die Jahre 2021 bis 2024 für die Massnahmen des Generellen Wasserversorgungsplans zu Lasten der Investitionsrechnung der Spezialfinanzierung Wasserwerk.

6 Verpflichtungskredit Massnahmen Genereller Entwässerungsplan (Rahmenkredit 2021 - 2024)

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Aufgrund der positiven Rückmeldungen beim letzten Geschäft fasse ich mich kurz. Ein Punkt ist bei der Abwasserentsorgung wichtig: In den letzten vier Jahren konnten wir bei der Entwässerung einige Blockaden lösen. Mit dem Globalkredit konnte der grosse Projektstau abgebaut werden und dies ist wertvoll. Nach wie vor besteht ein Rückstand, welcher mit diesem Kredit weiter aufgeholt werden kann.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Protokoll des Einwohnerrates**21. Oktober 2020**Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 2'000'000.00, inkl. MwSt., für die Jahre 2021 bis 2024 für die Massnahmen des Generellen Entwässerungsplans zu Lasten der Investitionsrechnung der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung.

7 Verpflichtungskredit Genereller Entwässerungsplan (GEP) 2. Generation

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Der Generelle Entwässerungsplan (GEP) ist die Grundlage für alle Arbeiten im Bereich Abwasserentsorgung. Obwohl wir noch nicht alle Massnahmen der 1. Generation umgesetzt haben, unterbreiten wir bereits die 2. Generation. Dies belegt den bestehenden Investitionsstau, welchen wir hatten und teilweise immer noch haben. Die Erneuerung des Planwerkes ist für die Arbeit wichtig. Bei gewissen Bauvorhaben mussten wir feststellen, dass unser Planwerk veraltet ist. Damit die Umsetzung korrekt erfolgen kann, müssen wir das Planungswerk überarbeiten. Die noch laufenden Massnahmen, wie Kanalfernsehaufnahmen oder Inlinersanierungen, braucht es ohnehin. Anschliessend, dies ist auch speziell für das neue erschlossene Baugebiet im Winkel wichtig, brauchen wir ein korrektes Planungswerk für die Entwässerung. Werden diese Gebiete überbaut, müssen sie entwässert werden können. Aus diesem Grunde sind die Massnahmen GEP 2 bereits jetzt einzuleiten, obwohl noch nicht alle Massnahmen aus dem GEP 1 realisiert wurden.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Protokoll des Einwohnerrates

21. Oktober 2020

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von CHF 400'000.00, inkl. MwSt., zur Erarbeitung des Generellen Entwässerungsplans Generation 2 (GEP 2) zu Lasten der Investitionsrechnung der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung.

Schluss der Sitzung: 22.00 Uhr

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:



Der Gemeindeschreiber II:

